

## **Jahresbericht 2006**

### **der Arbeitsgruppe gegen Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit (AG R)**

**zu Handen der Regierung**

## **Inhaltsverzeichnis**

|            |  |           |
|------------|--|-----------|
| <b>1</b>   | <b><i>Errichtung und Mandat der Arbeitsgruppe</i></b> .....                    | <b>3</b>  |
| <b>2</b>   | <b><i>Der Nationale Aktionsplan gegen Rassismus in Liechtenstein</i></b> ..... | <b>3</b>  |
| <b>3</b>   | <b><i>Aktivitäten der Arbeitsgruppe im Jahr 2006</i></b> .....                 | <b>4</b>  |
| <b>3.1</b> | <b>Sensibilisierung</b> .....  | <b>4</b>  |
| <b>3.2</b> | <b>Integration - Projektunterstützungen</b> .....                              | <b>6</b>  |
| <b>3.3</b> | <b>Rechtsradikalismus</b> .....  | <b>7</b>  |
| <b>3.6</b> | <b>Antisemitismus</b> .....  | <b>8</b>  |
| <b>3.4</b> | <b>Statistiken</b> .....   | <b>10</b> |
| 3.4.1      | Ausländerinnen und Ausländer in Liechtenstein: .....                           | 11        |
| 3.4.2      | Asylsuchende in Liechtenstein: .....   | 11        |
| <b>3.5</b> | <b>Aufbau von Expertise</b> .....  | <b>12</b> |
| <b>3.7</b> | <b>Budget 2006</b> .....   | <b>12</b> |
| <b>4</b>   | <b><i>Geplante Aktivitäten im Jahr 2007</i></b> .....                          | <b>12</b> |
| <b>4.1</b> | <b>Budget 2007</b> .....   | <b>13</b> |

## 1 Errichtung und Mandat der Arbeitsgruppe

Die Arbeitsgruppe wurde per Regierungsbeschluss RA 2002/1818 vom 18. Juni 2002 eingesetzt und per RA 2003/258 mit der Erarbeitung eines fünfjährigen Nationalen Aktionsplans gegen Rassismus (NAP) beauftragt. Mit Regierungsbeschluss RA 2005/1141 vom 24. Mai 2005 hat die Regierung die Umsetzung ihrer Schlussfolgerungen zum Schlussbericht der Unabhängigen Historikerkommission verabschiedet, welche die Rolle Liechtensteins im Zweiten Weltkrieg untersuchte. Die Schlussfolgerungen umfassen konkrete Aufträge an verschiedene Stellen zur Umsetzung von Massnahmen gegen Antisemitismus. Die AG NAP wurde durch denselben Regierungsbeschluss mit der Koordination und Überwachung der Umsetzungsmassnahmen beauftragt. Aufgrund dieses neuen Mandats wurde mit Regierungsbeschluss RA 2005/1818 vom 17. August 2005 der Name der „Arbeitsgruppe für einen nationalen Aktionsplan gegen Rassismus (AG NAP)“ in „Arbeitsgruppe gegen Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit“ (AG R) geändert. Mit Regierungsbeschluss RA 2005/2596 vom 8. November 2005 wurden als zusätzliche Mitglieder Frau Veronika Marxer, Herr Domenik Wanger und Herr Peter Gstöhl in die AG bestellt. Die Arbeitsgruppe setzt sich per Ende 2006 wie folgt zusammen:

- Christine Stehrenberger, Amt für Auswärtige Angelegenheiten (Vorsitz)
- Alicia Längle, Amt für Auswärtige Angelegenheiten
- Domenik Wanger, Amt für Auswärtige Angelegenheiten
- Nancy Barouk-Hasler, Amt für Soziale Dienste
- Jules Hoch, Landespolizei
- Helmuth Müssner, Schulamt
- Regine Walzl, Ausländer- und Passamt
- Veronika Marxer, Stabsstelle für Chancengleichheit
- Peter Gstöhl, Amt für Gesundheitsdienste

Die Arbeitsgruppe ist eine in erster Linie präventiv tätige Koordinations- und Steuergruppe, welche Massnahmen gegen Rassismus initiiert und wenn nötig koordiniert und unterstützt. Sie ist jedoch selbst nicht direkt in der Umsetzung tätig.

Durch die Schaffung der Stabsstelle für Chancengleichheit mittels RA 2005/398 vom 1. März 2005 fällt der Themenkomplex Migration/Integration in die Zuständigkeit dieser Stabsstelle, was im Berichtsjahr bereits zu einer teilweisen Entlastung der AG R auf diesem Gebiet geführt hat. Mit Ablauf des Mandats der Arbeitsgruppe im Verlauf von 2007 und deren Auflösung sollen die laufenden Agenden wie auch das Budget der Arbeitsgruppe an die Stabsstelle für Chancengleichheit überwiesen werden (vgl. Kapitel 4).

## 2 Der Nationale Aktionsplan gegen Rassismus in Liechtenstein

Der fünfjährige Aktionsplan (NAP) konzentriert sich auf die beiden Themenschwerpunkte „Sensibilisierung“ und „Integration“, welche durch verschiedene Projekte auf der Grundlage einer rollenden Planung umgesetzt werden.

Grundlagen für die Umsetzung des Aktionsplans sind:

- a) das Aktionsprogramm gegen Rassismus, welches an der Weltkonferenz gegen Rassismus vom 31. August – 7. September 2001 in Durban (Südafrika) verabschiedet wurde,
- b) der zweite Bericht der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI) über Liechtenstein vom 28. Juni 2002 und
- c) die Liechtenstein-spezifischen Empfehlungen des UNO-Ausschusses zur Beseitigung aller Formen der Rassendiskriminierung (CERD) vom 22. März 2002.

### **3 Aktivitäten der Arbeitsgruppe im Jahr 2006**

Die Arbeitsgruppe traf sich im Jahr 2006 zu vier regulären Sitzungen:

- 21. Sitzung am 24. Februar 2006
- 22. Sitzung am 6. April 2006
- 23. Sitzung am 6. September 2006
- 24. Sitzung am 22. November 2006

Der Jahresbeginn war geprägt von der Durchführung des ersten Holocaust-Gedenktages sowie der im Vorjahr geplanten Plakatkampagne, die sich an die breite Öffentlichkeit richtete. Das Schwerpunktthema der Arbeitsgruppe im Jahr 2006, „Sensibilisierung Jugendlicher“, fiel zusammen mit der Wiederaufnahme der Europaratskampagne „alli anderscht – alli glich“, die in Liechtenstein vom ASD und der SCG koordiniert wurde. Die in diesem Rahmen durchgeführten Aktionen waren breit gefächert, weshalb die AG R nicht selbst tätig wurde. Die weitere Arbeit der AG R konzentrierte sich darauf, die Integration von Ausländerinnen und Ausländern zu verbessern, die Anstrengungen im Bereich Statistik fortzuführen sowie die Aufgabenteilung mit der Stabsstelle für Chancengleichheit zu spezifizieren.

#### **3.1 Sensibilisierung**

##### **1. Öffentlichkeit/ Zivilgesellschaft**

Publikation der Jahresberichte und der Forschungsstudie im Internet: Der von der Arbeitsgruppe erstellte Jahresbericht 2005 wurde über das Liechtenstein-Portal in deutscher Sprache und erstmals auch in englischer Sprache für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Ebenfalls im Internet veröffentlicht wurde die Studie über Statistische Daten im Zusammenhang mit Rassismus und Diskriminierung.

Kampagne der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus (EKR) „Ohne Ausgrenzung“: Zum zehnjährigen Bestehen der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus (EKR) und zum zehnjährigen Jubiläum der Rassismusbekämpfung in der Schweiz lancierte die EKR am 12. Oktober 2005 die Medien- und Sensibilisierungskampagne „Ohne Ausgrenzung“. Ziel der Kampagne, die 15 verschiedene Plakat-Sujets umfasste, war eine Sensibilisierung der breiten Öffentlichkeit in Bezug auf ethnisch-kulturelle Ausgrenzung. Die AG R hatte sich auf Anerbieten der EKR entschlossen, die Plakat-Kampagne auch in Liechtenstein durchzuführen. Die fünfzehn Sujets für Plakate und Postkarten, die von der EKR zur Verfügung gestellt wurden, sind in der AG R diskutiert worden. Es wurde in Rücksprache mit Vertreterinnen und Vertretern von Ausländervereinigungen eine für Liechtenstein repräsentative Auswahl an

Plakatsujets getroffen. Bei dieser Gelegenheit wurden die Vertreterinnen und Vertreter der Ausländervereinigungen über die Aufgaben der SCG und der AG R informiert.

Am 20. März 2006 gaben Regierungsrätin Rita Kieber-Beck und Veronika Marxer anlässlich der Lancierung der Plakatkampagne eine Pressekonferenz, um die Medien über den Inhalt und die Zielsetzung der Kampagne zu informieren. Die Plakatkampagne startete am 21. März, dem Internationalen Tag gegen Rassismus, und dauerte bis zum 14. April. Ebenfalls am 21. März strahlte Radio L in der Sendung „Zur Sache“ ein etwa zwanzigminütiges Gespräch mit Christine Stehrenberger über die Verbreitung rassistischen Gedankenguts und über Möglichkeiten zum Umgang mit Rassismus aus. In der April-Ausgabe des Liechtensteiner Bulletins der Schweizer Revue, der Zeitschrift für Auslandschweizer, wurden die Plakatkampagne, die SCG und die AG R vorgestellt.

Die Reaktionen auf die Plakatkampagne fielen gemischt aus. Ein positives Echo kam von den Ausländervereinigungen und den Schulen, von denen zum Teil zusätzliches Informationsmaterial angefordert wurde. Ebenfalls positiv wurde auf die amtsinterne Präsentation der Plakate im Amt für Soziale Dienste reagiert. Negative Reaktionen wurden durch teilweise rechtsextreme und neonazistische Symbole, die auf einem Grossteil der Plakate angebracht worden waren, anonym kundgetan. Einige Personen zeigten sich empört über die Schmierereien und erstatteten der AG R Meldung. Die AG R war der Meinung, dass die Schmierereien genauso wie die Plakate selbst auf ein bestehendes Problem hinwiesen, und setzte sich dafür ein, dass die verunstalteten Plakate nicht frühzeitig entfernt wurden. Sie veröffentlichte zusammen mit der SCG eine Stellungnahme in den Landeszeitungen, in der die Beschädigung der Plakate und das hinter den angebrachten Zeichen stehende rechtsradikale Gedankengut verurteilt wurden. Jules Hoch leitete in seiner Doppelfunktion als Chef der Kriminalpolizei und Mitglied der AG R Ermittlungen gegen die unbekannt Täter ein. Die Ermittlungen und der Zeugenaufruf in den Medien blieben erfolglos. Die Anzeige wegen Sachbeschädigung gegen Unbekannt wurde der Staatsanwaltschaft übersandt. Insgesamt beliefen sich die Kosten für die Kampagne in Liechtenstein auf CH 6'634. Das für die Kampagne angeschaffte Material konnte weiter verwendet werden.

Schwerpunktthema 2006 „Sensibilisierung Jugendlicher“: Die AG R beschloss, als Schwerpunktthema für das Jahr 2006 die Sensibilisierung Jugendlicher zu wählen. Damit wurde auch eine Empfehlung des Menschenrechtskommissars des Europarats, Alvaro Gil Robles, berücksichtigt. Die vom Amt für Soziale Dienste und der Stabsstelle für Chancengleichheit durchgeführte Jugendkampagne des Europarats „all different – all equal“ (in Liechtenstein „Alle andersch – alle gliich“) wurde von der AG R mit rund CHF 5'000 unterstützt.

## **2. Behörden**

Weiterbildungsveranstaltung für die Landespolizei zum Thema „Hasskriminalität“: In Folge einer Empfehlung des Überwachungsausschusses des Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung führte die liechtensteinische Landespolizei am 10. November ein Seminar zum Thema Hasskriminalität durch. Zwei polizeiliche Experten des Bundeskriminalamtes Wiesbaden/D informierten über die Deliktategorie Hasskriminalität, bei der es sich um vorurteilsbegründete Straftaten handelt, die gegen Personen aufgrund ihrer sexuellen, religiösen oder weltanschaulichen Orientierung sowie aufgrund von Ethnie, Rasse oder Nationalität verübt werden. Ein weiterer Schwerpunkt bildete die Hassmusik, die insbesondere in rechtsextremen Kreisen weit verbreitet ist und gezielt für die Verbreitung rassistischer Inhalte eingesetzt wird. Darüber hinaus konnte aufgezeigt werden, dass ein direkter Zusammenhang zwischen Konsum dieser Hassmusik und anschliessender rassistisch-ausländerfeindlicher Gewaltakte besteht. Die Veranstaltung war als interne Weiterbildung für

die Beamten der Kriminalpolizei sowie von Landgericht und Staatsanwaltschaft angelegt. Die AG R war am Seminar vertreten.

Übersetzungen von Reglementen: Im Namen der AG R wurde im Polizeistab die Übersetzung des Gefängnisreglements und anderer relevanter Merkblätter und Informationsunterlagen angeregt. Dies ist eine Empfehlung, die der damalige Hochkommissar für Menschenrechte des Europarats, Gil Robles, in der Folge seines Liechtensteinbesuches vom 8. – 10. Dezember 2004 abgegeben hat. Ebenso wurde darauf hingewiesen, dass in Untersuchungshaft genommene Personen darüber informiert werden müssen, dass sie das Recht haben, einen Konsularvertreter ihres Landes zu kontaktieren.

Im März/April 2007 wird voraussichtlich ein neues Strafvollzugsgesetz im Landtag verabschiedet. Im Rahmen der Umsetzung dieses neuen Gesetzes sind im Januar/Februar 07 interne Weiterbildungen des Gefängnispersonals vorgesehen, durchgeführt von der Leiterin der Justizvollzugsanstalt (JVA) Feldkirch. Im Zuge dieser Weiterbildung werden auch die abzugebenden Infoblätter besprochen und in der Folge, die in der JVA Feldkirch abgegebenen Informationsblätter beim Liechtensteinischen Landesgefängnis eingeführt. Diese Infoblätter sollen dann auch in die für die Gefängnis Klientel wichtigsten Fremdsprachen übersetzt werden (analog Feldkirch).

### **3.2 Integration - Projektunterstützungen**

Auf der Basis von vielseitigen fachspezifischen Erfahrungen der Mitglieder der Arbeitsgruppe einerseits sowie der Empfehlungen des UNO-Ausschusses CERD und der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz des Europarats (ECRI) andererseits hat sich die AG R zum Ziel gesetzt, Integrationsbemühungen in Liechtenstein zu unterstützen. Folgende Projekte erhielten im Projektjahr finanzielle Unterstützung durch Mittel der AG R:

„People’s Theater“: Das Gewaltpräventions- und Integrationsprojekt von „People’s Theater“ vermittelt anhand von interaktiven Theatershows eine offene Gesprächskultur und einen entspannten und kreativen Umgang mit Krisensituationen. Die Schauspieler/innen spielen ein Theaterstück über Alltagssituationen, die in eine Krise führen. Am Konflikthöhepunkt wird das Stück unterbrochen. Die Schüler/innen werden daraufhin aktiv in einen lösungsorientierten Gesprächs- und Handlungsprozess einbezogen: Die Entstehung des Konfliktes, die Charaktere und andere Hintergründe werden besprochen und eine Lösung gesucht, die auch von den Schülern und Schülerinnen selbst gespielt werden kann, um selbst Erfahrungen mit der entsprechenden Rolle zu machen. Vor- und Nachbesprechungen mit den Lehrpersonen sollen zur Qualitätssicherung und Nachhaltigkeit des Vermittelten beitragen.

Das Projekt läuft im Januar 2007 an und wird drei Wochen dauern; jede teilnehmende Klasse erhält eine Einheit pro Woche. Einbezogen werden die Unterstufe des Gymnasiums, die Oberschulen Eschen, Triesen und Vaduz sowie die Realschulen Balzers, Eschen, Triesen, Schaan und Vaduz. Zur Finanzierung tragen die Schulen sowie die Schulsozialarbeit bei. Die AG R hat das Projekt mit CHF 3'000 unterstützt, da Integrationsprobleme einen bedeutenden Teil alltäglicher Konfliktsituationen – insbesondere in Schulen – ausmachen. Die Realisierung des Projekts wurde durch den Beitrag der AG R und des Schulsozialdiensts ermöglicht.

Sprachliche Frühförderung von Kindern mit Deutsch als Zweitsprache in den Kindertagesstätten: Vorkindergarteneinrichtungen, die die Familie ergänzen, übernehmen eine wichtige Rolle bei der Frühförderung und beeinflussen den späteren Schulerfolg und die Bildungskarriere gerade von Migrantenkindern erheblich. Das Projekt der Kindertagesstätten

„deine – meine = unsere Sprache“, das insbesondere die Weiterbildung der Betreuerinnen vorsieht, um Deutsch als Zweitsprache erfolgreich in den Kindertagesstätten (vorerst in vier und später in allen liechtensteinischen Kindertagesstätten) einzuführen, gewann beim Wettbewerb Chancengleichheit 2006 den zweiten Preis. Um diesem Projekt zur Durchführung zu verhelfen, leistete die AG R einen finanziellen Beitrag in der Höhe von CHF 3'000.

Lerne Liechtenstein kennen: Die AG R überprüfte im Berichtjahr die Möglichkeit einer Übersetzung des von Lehrer Roland Beck erarbeiteten interaktiven Lehrmittels „lerne FL kennen“ in verschiedene „klassische Migrationssprachen“, um damit den ausländischen Personen in Liechtenstein grundlegendes Wissen über Liechtenstein in ihrer Muttersprache zu vermitteln und ihnen damit ihre Integration zu erleichtern. Eine Umfrage bei Vertreterinnen und Vertretern von Ausländervereinigungen wie auch bei Veranstaltern von Deutschkursen für Ausländerinnen und Ausländer ergab jedoch, dass solche übersetzten Versionen entweder nicht notwendig oder aber dem Ziel, die Deutschkenntnisse von ausländischen Personen in Liechtenstein zu verbessern eher abträglich wären. Die AG R hat daher beschlossen, statt mehrsprachiger Versionen in Zusammenarbeit mit dem Verein für Interkulturelle Bildung und den Verantwortlichen des Schulprogramms „Deutsch als Zweitsprache“, eine einfachere Deutschversion als Lehrmittels zu produzieren, welches sich in erster Linie an ausländische Personen richtet. Der Kostenvoranschlag für die technische Umsetzung des Projekts durch Roland Beck beläuft sich auf CHF 2'500. Dazu kommen Kosten für die Ausarbeitung der vereinfachten Deutschversion sowie für die Lancierung der Internetseite (Flyer) von rund CHF 1'000. Die AG R hat die Projektunterstützung beschlossen und aus ihrem Budget 2006 den Teilbetrag von CHF 2'000 für die bereits getätigten Vorarbeiten von Roland Beck zur Verfügung gestellt. Die weitere Summe soll durch das Budget 2007 gedeckt werden.

Deutsch für Mutter und Kind: Das Projekt des Vereins für interkulturelle Bildung (ViB), „MaKi-Deutsch“, wurde von der AG R geprüft. Das Projekt greift ein bedeutendes Integrationsproblem auf: die Integration von Kleinkindern, deren Sprachkompetenz weitgehend von derer ihrer Mütter abhängt, sowie die Integration der Mütter, welche die am schwierigsten zu erreichende Gruppe für Integrationsbemühungen darstellen. Das Projekt wird vom Verein Erwachsenenbildung und vom Ausländer- und Passamt finanziell unterstützt. Eine Förderung durch die AG R wird für 2007 erneut geprüft.

Gesundheit und Integration: Auf Grund anderer politischer Themen im Gesundheitsbereich bestand bei der Ärzteschaft keine Bereitschaft (bzw. waren keine Kapazitäten vorhanden), einen von der Caritas geleiteten Workshop, an welchem weitere Lösungsvorschläge für die im Rahmen des 2005 durchgeführten Roundtables festgestellten Probleme hätten erarbeitet werden können, durchzuführen. Die Kontakte zur Caritas-Fachstelle „Gesundheit und Integration“ werden weiterhin gepflegt und Unterlagen an die Ärztekammer weitergeleitet.

### **3.3 Rechtsradikalismus**

Die von der Regierung errichtete Gewaltschutzkommission hat u.a. den Auftrag, die Situation im Bereich rechter Gewalt in Liechtenstein zu beobachten, zu dokumentieren und frühzeitig auf gefährliche Entwicklungen in diesem Bereich hinzuweisen. Der Leiter der Gewaltschutzkommission informiert als Mitglied der AG R regelmässig über die Tätigkeiten der Kommission. Im Jahr 2006 wurden von der Landespolizei folgende Vorfälle zur Anzeige gebracht:

Im Jahr 2006 kam es an öffentlichen Anlässen (Festen, LIHGA usw.) zu einigen gewalttätigen Auseinandersetzungen, in die Angehörige der rechten Szene involviert waren. In Triesen

sollen zwei Jugendliche grundlos von Skinheads mit Schlagstöcken attackiert worden sein. Die Angreifer konnten jedoch nicht identifiziert werden, so dass nicht feststeht, ob es sich tatsächlich um Skins gehandelt hat. Beim Eschner Jahrmarkt kam es zu einer Auseinandersetzung, als zwei Angehörige der rechten Szene einen Ausländer angriffen. An Halloween traktierten zwei Männer, einer davon ein amtsbekannter Rechtsextremer, zwei Personen in Schaan, so dass diese im Spital behandelt werden mussten. Verschiedene Sprayereien wurden ebenfalls registriert, wobei eine Reihe dieser Sachbeschädigungen den Gegnern der Rechten zuzuschreiben sind. So wurden Parolen wie „Nazis bleiben draussen“ oder „Nazis raus“ an Wände gesprayt. Ferner konnte festgestellt werden, dass die hiesige Rechtsextremen-Szene zunehmend mit dem Ausland vernetzt und stärker politisiert ist als noch vor einigen Jahren. Im Unterschied zu früheren Jahren beschränken sich die Kontakte nicht mehr nur auf die Schweizer Szene, sondern umfassen auch verstärkt die Szenen in Vorarlberg und Süddeutschland. Die Szene ist stärker im Unterland lokalisiert und die Mitglieder befinden sich mehrheitlich im jungen Erwachsenenalter.

Im Berichtsjahr kam es zu einer Verurteilung unter der Anti-Rassismus-Strafnorm (§283 StGB): Im November 2004 ging bei der Staatsanwaltschaft eine Anzeige wegen Verbreitung rassistischen Gedankenguts ein. Der beschuldigten Person wurde vorgeworfen, Musik mit rechtsradikalen Texten so laut zu hören, dass sie im Wohnquartier gut verständlich sind und in ihrer Wohnung Paraphernalien (Poster, Fahnen etc.) so zu platzieren, dass sie für die Bewohnerinnen und Bewohner des Quartiers gut sichtbar sind. Die Anklageschrift der Staatsanwaltschaft wurde im Juli 2005 an das Jugendgericht weitergeleitet, welches die beschuldigte Person 2006 erstinstanzlich zu einer bedingt nachgesehenen Freiheitsstrafe von drei Monaten innerhalb einer Probezeit von 3 Jahren wegen Verbreitung rassistischer Ideologien verurteilte. Gegen das Urteil ist Berufung eingelegt worden. Der erstinstanzliche Schuldspruch wurde vom Obergericht vollumfänglich bestätigt. Das Obergericht hat jedoch von der in § 8 Abs. 1 Jugendgerichtsgesetz (JGG) vorgesehenen Möglichkeit Gebrauch gemacht und den Ausspruch über die zu verhängende Strafe unter Bestimmung einer Probezeit von drei Jahren vorläufig bedingt aufgeschoben; gleichzeitig wurde für den Verurteilten ein Bewährungshelfer bestellt.

Obwohl die Ereignisse im Zusammenhang mit rechtsextremer Gewalt im Berichtsjahr anzahlmässig gering war, nimmt die AG R mit Besorgnis zur Kenntnis, dass sich die ehemals jugendlichen Anhänger der rechtsextremen Szene im jungen Erwachsenenalter offenbar stärker ideologisiert und vernetzt haben. Es bestehen nach Auskunft der Landespolizei Kontakte der liechtensteinischen Anhänger der rechtsextremen Szene zur berüchtigten, in verschiedenen europäischen Ländern aktiven „Blood and Honour“ – Bewegung, insbesondere deren Sektion Vorarlberg. Diese Gruppe von „ideologisierten“ und vernetzten Personen in Liechtenstein ist zwar noch relativ klein, da aber die eher rechtsgerichteten Jugendlichen einen sehr guten Nährboden für weitere Ideologisierungen und Anhänger der „Blood and Honour“ – Bewegung darstellen, ist die AG R der Ansicht, dass von staatlicher Seite eine konkrete Gegenstrategie entwickelt werden muss, mit dem Ziel, die rechtsextreme Szene möglichst klein zu halten und die Ideologisierung von Jugendlichen, welche der Szene nahe stehen, möglichst zu verhindern (siehe Punkt 4).

### **3.6 Antisemitismus**

Koordination der Aktivitäten im Bereich Antisemitismus: Mit Regierungsbeschluss RA 2005/1141-0208 vom 24. Mai 2005 wurde die Arbeitsgruppe mit der Koordination der Umsetzung der Schlussfolgerungen der Regierung aus dem Schlussbericht der Unabhängigen

Historikerkommission zur Rolle Liechtensteins im Zweiten Weltkrieg betraut. Die Arbeitsgruppe hat der Regierung am 31. Januar 2006 bezüglich des Umsetzungsstandes erstmals gesondert Bericht erstattet. Die im Berichtsjahr angefallenen weiteren Umsetzungsmassnahmen werden im Folgenden dargelegt:

1. Bereits im Berichtszeitraum erfolgreich abgeschlossen werden konnten die allgemeinen Vorbereitungen für den jährlich wiederkehrenden Holocaust-Gedenktag in Liechtenstein sowie dessen erste Begehung mit besonderer Beachtung an den Schulen, die sich mit entsprechendem Fachwissen ausgestattet hatten.
2. Mit dem Finanzbeschluss vom 15. März 2006 über die Genehmigung eines Verpflichtungskredits und eines Nachtragskredits für zwei Projekte in Israel im Zusammenhang mit den Schlussfolgerungen der Regierung aus dem Schlussbericht der Unabhängigen Historikerkommission "Liechtenstein Zweiter Weltkrieg" (LGBl. 2006 Nr. 96) konnte die Finanzierung der geplanten Projekte sichergestellt werden.
3. Schliesslich konnten die geplanten Projekte im Bereich Forschung vorangetrieben werden: Mit Regierungsbeschluss RA 2006/1790-4584 wurden die Weichen für die Erstellung eines Quellenbandes aus liechtensteinischen Archiven zum 20. Jahrhundert mit dem Schwerpunkt auf die Dreissiger- und Vierziger-Jahre und die Entwicklung von Kriterien für die Vergabe von Forschungsarbeiten gestellt. Ausserdem konnten mögliche Forschungsarbeiten konkretisiert werden.
4. In der Sitzung vom 29. August 2006 wurde von der Regierung das Konzept für ein Lehrmittel (Arbeits- und Lesebuch) zur Geschichte Liechtensteins im 20. Jahrhundert zur Kenntnis genommen und der Umsetzung zugestimmt. Basierend auf den Ausführungen des Konzeptes soll nun ein neues Lehrmittel erstellt werden, das zeitlich an das Lehrmittel Brücken zur Vergangenheit anschliesst. Das Lehrmittel mit dem Titel „Brücken zur Vergangenheit II: Liechtenstein im 20. Jahrhundert. Texte, Bilder, Quellen“ soll auch ausserhalb der Schule ein breites Publikum ansprechen. Angestrebt wird ein möglichst umfassender Überblick über die politische Geschichte, die Wirtschafts-, Sozial-, Kultur- und Verfassungsgeschichte von 1914 bis in die Gegenwart. Der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts wird angemessen Raum gegeben. Das Lehrmittel hat das Ziel, anhand einer Vielfalt exemplarischer Texte und Bilder in wissenschaftlich fundierter, sachlich ausgewogener und objektiver Weise zu zeigen, wie die Lage Liechtensteins und seiner Bevölkerung damals beschaffen war, welche historischen Ereignisse, Entwicklungen und Prozesse zur Situation in den 30er- und 40er-Jahren geführt hatten und welche Konsequenzen sich auf dem Hintergrund des in- und ausländischen Zeitgeschehens ergaben.
5. Auf internationaler Ebene engagiert sich Liechtenstein seit Jahren gegen Antisemitismus. Auch im Berichtsjahr wurde etwa die jährliche Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen gegen die Leugnung des Holocaust mit unterzeichnet.

Damit sind die mittels Regierungsbeschluss vom 24. Mai 2005 (RA 2005/1141) verteilten Aufträge an die verschiedenen Amtsstellen im Zusammenhang mit der Bekämpfung des Antisemitismus abgeschlossen bzw. in die Wege geleitet worden. Der in diesem Zusammenhang stehende Koordinationsauftrag der AG R, der im Wesentlichen darin bestand, die Regierung jährlich über die Fortschritte in der Umsetzung dieser Antisemitismus-Massnahmen zu unterrichten, ist somit nach Ansicht der AG R erfüllt. Die Beobachtung,

Dokumentierung des Phänomens Antisemitismus fällt jedoch als integraler Bestandteil der Rassismusbekämpfung und –prävention weiterhin in den Tätigkeitsbereich der Arbeitsgruppe (bzw. der nach deren Auflösung zuständigen Stelle, siehe Punkt 4).

Konzert der Philharmonie der Nationen: Der Verein der Liechtensteiner Freunde von Yad Vashem organisiert am 29. Januar 2007 ein Konzert der Philharmonie der Nationen, ein Ensemble, das junge Musiker/innen von mehr als 40 Ländern zusammenbringt. Initiiert wurde das Orchester durch Justus Frantz, der es auch dirigiert, sowie Leonard Bernstein. Es soll ein Symbol der Hoffnung sein, wenn die Verschiedenheit und Individualität der jungen Talente sich zu einem gemeinsamen Musikerlebnis verbinden. Die AG R unterstützte das Konzert der Philharmonie der Nationen in Vaduz mit CHF 5000.

### **3.4 Statistiken**

Zur Verbesserung der Datenlage, welche auf mögliche Rassendiskriminierung in Liechtenstein Hinweise geben könnte, wurde von der AG R (damals noch AG NAP) im April 2004 ein zweijähriger Forschungsauftrag an Herrn Wilfried Marxer, Liechtenstein Institut, vergeben, welcher Ende 2005 abgeschlossen werden konnte. Auf der Basis der Volkszählung von 2000, anderer verfügbarer Datenpools sowie der von der AG R gesammelten Daten sind im Forschungsbericht bestehende Datenpools differenziert ausgewertet, Defizite in der Datenlage identifiziert, Empfehlungen für zukünftige systematische Erhebungen und Auswertungen formuliert und damit die Grundlage für gezielte Massnahmen geschaffen worden.

Mit RA 2006/542 vom 21. März 2006 beauftragte die Regierung die AG R mit der Durchführung von weiterführenden Massnahmen zur Verbesserung der Datenlage in den Bereichen Rassismus und Diskriminierung:

1. Die AG R wurde beauftragt, unter Einbezug der Stabsstelle für Chancengleichheit und anderer involvierter Stellen und Gruppierungen bis Ende Juni 2007 einen Statusbericht über die Situation im Bereich Integration und Rassismus zu Handen der Regierung zu verfassen.
2. Es wurde eine Projektgruppe eingesetzt, mit dem Auftrag, der Regierung bis Ende 2006 einen Vorschlag zur besseren statistischen Erhebung und Auswertung von Daten im Bereich Rassismus und Diskriminierung (einschliesslich datenschützerische Aspekte und rechtliche Grundlagen für Datenerhebungen) vorzulegen.

Die AG R hat bereits im laufenden Jahr – in Anlehnung an den Integrationsbericht der Schweiz - mit intensiven Arbeiten am Statusbericht begonnen. Der Statusbericht soll zugleich als Abschlussbericht der AG R zum Ende ihres Mandats erscheinen. Die erste Sitzung der „Projektgruppe Statistik“ brachte zutage, dass sie für ihre Arbeit noch Informationen benötigt, die im Zuge des erwähnten Statusberichts erst noch ermittelt werden müssen und dass deshalb der von ihr geforderte Vorschlag an die Regierung frühestens Ende 2007 eingereicht werden kann.

### 3.4.1 Ausländerinnen und Ausländer in Liechtenstein:

Gemäss der Bevölkerungsstatistik des Amtes für Volkswirtschaft betrug der Ausländeranteil per Ende des Berichtjahres 33.9 Prozent<sup>1</sup>. Von diesen insgesamt 11 992 Personen mit einer ausländerrechtlichen Bewilligung<sup>2</sup> in Liechtenstein stammten 3 544 Personen aus der Schweiz, 5 994 Personen aus EU/EWR-Staaten und 2 454 Personen aus Drittstaaten. Die Anzahl der Zupendler belief sich per 31.12. 2006 gemäss Statistik des Amtes für Volkswirtschaft auf 15 477 Personen.

| Bewilligungstyp              | Anzahl        | Ländergruppe | Anzahl        |
|------------------------------|---------------|--------------|---------------|
|                              |               |              |               |
| Kurzaufenthaltsbewilligung L | 330           | CH           | 20            |
|                              |               | Drittstaaten | 111           |
|                              |               | EU/EWR       | 199           |
| Aufenthaltsbewilligung B     | 4 377         | CH           | 860           |
|                              |               | Drittstaaten | 887           |
|                              |               | EU/EWR       | 2 630         |
| Niederlassungsbewilligung C  | 7 285         | CH           | 2 664         |
|                              |               | Drittstaaten | 1 456         |
|                              |               | EU/EWR       | 3 165         |
| <b>Totalbestand</b>          | <b>11 992</b> |              | <b>11 992</b> |

### 3.4.2 Asylsuchende in Liechtenstein:

Per 31.12.2006 hielten sich in Liechtenstein 25 Personen mit Asylstatus bzw. mit Status „vorläufig aufgenommen“ auf<sup>3</sup>. Davon hatten 16 Personen den Asylstatus (Status N) und 9 Personen den Status von vorläufig Aufgenommenen (Bewilligung F). Per Ende 2006 hielten sich in Liechtenstein keine Personen mit Status „schutzbedürftig“ (Status S) auf. Gemäss Auskünften des Ausländer- und Passamts (Abteilung Flüchtlinge und Asyl) ist im Berichtsjahr kein anerkannter Flüchtling in Liechtenstein aufgenommen worden.

| Nationalität der Asylsuchenden, Vorläufig Aufgenommenen und Schutzbedürftigen per 31.12.2006 | Anzahl    |
|--|-----------|
|  |           |
| Algerien   | 1         |
| Armenien   | 2         |
| Bosnien u. Herzegowina   | 3         |
| China (Tibet)  | 1         |
| Iran   | 2         |
| Russland   | 3         |
| Republik Serbien   | 4         |
| Somalia  | 9         |
|  |           |
| <b>Totalbestand</b>  | <b>25</b> |

<sup>1</sup> Alle hier aufgeführten Zahlen sind provisorisch, unbereinigt und unveröffentlicht (Stand 31.12.2006).

<sup>2</sup> Kurzaufenthalts-, Aufenthalts- oder Niederlassungsbewilligung

<sup>3</sup> provisorische Zahlen des Ausländer- und Passamts per 31.12.2006

### **3.5 Aufbau von Expertise**

Die Arbeitsgruppe hat im Verlauf des Jahres 2006 weiterhin umfassendes und Liechtenstein spezifisches Material zum Thema Rassismusbekämpfung, Integration von Ausländerinnen und Ausländern und zu anderen verwandten Gebieten gesammelt. Die Dokumentation kann beim AAA eingesehen werden.

Die fachliche Expertise der AG R wird durch verschiedene Kontakte mit ausländischen Experten (u.a. mit der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus (EKR)), durch die Teilnahme an nationalen und internationalen Veranstaltungen zum Thema sowie durch die Tätigkeit der Arbeitsgruppe selbst laufend verbessert.

Am 21. Februar 2006 fand ein Treffen der Stabsstelle für Chancengleichheit (Bernadette Kubik-Risch, Veronika Marxer) und der Arbeitsgruppe gegen Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit (Christine Stehrenberger, Alicia Längle) mit der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus (Doris Angst) in Vaduz statt. Inhalt des Gesprächs waren mögliche Formen der weiteren Zusammenarbeit.

### **3.7 Budget 2006**

Der AG R stand im Berichtsjahr ein Budget von CHF 25'000 zur Verfügung. Das Budget wurde wie folgt verwendet:

|   |                          |
|---|--------------------------|
| EKR-Kampagne „Ohne Ausgrenzung“   | CHF 6'634                |
| Europaratskampagne „Alli andersch – alli glich“ und eventuell sonstige Projekte                     | CHF 4'866                |
| Folgemassnahmen aus dem Forschungsauftrag an das Liechtenstein Institut: Verbesserung der Datenlage | CHF 500                  |
| Folgemassnahmen aus dem neuen Mandat der Historikerkommission: „Konzert Philharmonie der Nationen“  | CHF 5'000                |
| Finanzielle Unterstützung „People's Theater“  | CHF 3'000                |
| Finanzielle Unterstützung „deine – meine = unsere Sprache“ (Kindertagesstätten)                     | CHF 3'000                |
| Projekt „Lerne FL kennen“ (Teilbetrag der Gesamtkosten von CHF 3'500)                               | CHF 2'000                |
| <b><u>TOTAL</u></b>   | <b><u>CHF 25'000</u></b> |

## **4 Geplante Aktivitäten im Jahr 2007**

1. Das Jahr 2007 ist das Jahr der letzten Mandatsperiode der AG R und damit gekennzeichnet von Abschlussarbeiten und der Übergabe ihrer weiterlaufenden Mandate und Aufgaben an die Stabsstelle für Chancengleichheit. Der Regierung wird vorgeschlagen, die Auflösung der AG R per Ende Juni 2007 zu beschliessen.

2. Am 27. und 28. Februar wird die AG R unter Einbezug weiterer Experten den zweiten und dritten Länderbericht Liechtensteins unter Artikel 9 des internationalen Übereinkommens vom 21. Dezember 1965 zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung dem UNO-Überwachungsausschuss CERD (*Committee on the Elimination of Racial Discrimination*) in Genf vorstellen. Der Bericht ist im Dezember 2005 eingereicht worden. Die Umsetzung der noch im Verlauf von 2007 erwarteten Empfehlungen des CERD werden von den zuständigen Stellen vorgenommen.
3. Der Statusbericht „Integration und Rassismusprävention“ markiert den Abschluss der Tätigkeit der AG R wie auch des fünfjährigen Nationalen Aktionsplans gegen Rassismus und soll im Juni 2007 veröffentlicht werden. Es wird geplant, die Veröffentlichung mit Informationen zu den Anliegen der Arbeitsgruppe und der Stabsstelle für Chancengleichheit zu verbinden und entsprechende Medienarbeit zu betreiben.
4. Der Regierung wird vorgeschlagen, die Gewaltschutzkommission zu beauftragen, noch im Jahr 2007 eine Strategie gegen Rechtsextremismus in Liechtenstein zu entwickeln. Dabei soll auf die Expertise der AG R wie auch auf entsprechende Erfahrungen in anderen Staaten (insbesondere in den benachbarten Regionen) zurückgegriffen werden.
5. Die Projektgruppe Statistik wird im Jahr 2007 ihre Tätigkeit weiterführen und ihre Arbeiten wenn möglich zum Abschluss bringen. Sie ist daher bereits bei ihrer Gründung unter den Vorsitz der Stabsstelle für Chancengleichheit gestellt worden.
6. Verschiedene Projektunterstützungen, die bereits in der AG R diskutiert wurden (beispielsweise das Projekt „Global Kids“ oder das Projekt „Mutter-Kind-Deutsch“) werden im ersten halben Jahr 2007 noch von der AG R hinsichtlich ihrer Förderungswürdigkeit geprüft. Danach geht diese Aufgabe ebenfalls an die Stabsstelle für Chancengleichheit über.
7. Der von der Ärztekammer, dem Amt für Gesundheitswesen und der Caritas-Fachstelle „Gesundheit und Integration“ geplante Workshop mit der liechtensteinischen Ärzteschaft zum Thema Gesundheit und Integration wird für 2007 erneut auf die Agenda der AG R gesetzt. Die Durchführung obliegt dem Amt für Gesundheitsdienste bzw. der Ärztekammer und es werden keine Kosten für die AG R erwartet.
8. Die Bekämpfung des Phänomens Antisemitismus ist – wie das Phänomen der Rassendiskriminierung an sich - Bestandteil des Mandats der Kommission und Stabsstelle für Chancengleichheit und wird im Rahmen ihrer Aktivitäten fortgeführt.
9. Die Dokumentation von Ereignissen und Entwicklungen im Zusammenhang mit Rassismusbekämpfung und Integrationsförderung sowie verwandter Gebiete werden vom Amt für Auswärtige Angelegenheiten und der Stabsstelle für Chancengleichheit weitergeführt.

#### **4.1 Budget 2007**

Das Budget für 2007 wird noch bis Juni 2007 von der AG R verwaltet. Danach wird das Budget der Stabsstelle für Chancengleichheit für die Weiterführung von Agenden im Zusammenhang mit Rassismusprävention und Integration übertragen. Das untenstehende Budget ist daher unter Vorbehalt der Schwerpunktsetzung durch die Stabsstelle für Chancengleichheit zu sehen.

| <b><u>Budgetrelevante Aktivitäten 2007</u></b>                     | <b><i>Betrag in CHF<br/>(gerundet)</i></b> |
|--|--|
| Folgemaßnahmen Forschungsauftrag FL-Institut                       | 5'000                                      |
| Unterstützung Integrationsprojekte                                 | 10'000                                     |
| Projektgruppe Statistik und Projektgruppe gegen Rechtsradikalismus | 5'000                                      |
| Weitere Tätigkeiten der SCG im Bereich Migration und Integration   | 10'000                                     |
| <b><u>TOTAL der budgetierten Mittel</u></b>                        | <b><u>30'000</u></b>                       |

Christine Stehrenberger  
(Vorsitzende der Arbeitsgruppe)

**Beilagen:**

- RA 2006/542 über die Durchführung von weiterführenden Massnahmen zur Verbesserung der Datenlage in den Bereichen Rassismus und Diskriminierung
- RA 2003/258 über das Mandat der AG R
- RA 2005/1141 über die Umsetzung der Schlussfolgerungen der Regierung aus dem Schlussbericht der Unabhängigen Historikerkommission
- Liste über finanzielle Beiträge Liechtensteins gegen Rassismus und Antisemitismus (2000- 2006)